

Lorenz Lassnigg (lassnigg@ihs.ac.at)

Reform der Reformen: Ausgrenzung, positionale Differenzierung, Prüfungs- und Kontrollwahn,
Wettbewerb und Ökonomisierung

Kurzanalyse des Regierungsprogramms zur ‚Bildung‘ (Jan.2018)

Inhalt

Die Vorschläge.....	2
Elementarbildung.....	2
Prüfungen und Kontrolle.....	2
Differenzierung, Spaltung, Ausgrenzung.....	3
Alte neoliberale Politik: GERM und ‚Common Sense‘	4
Konflikt- statt Konsenspolitik, Differenzierung statt Integration	5
ANHANG: Vergleich der Inhalte der Programme 2017, 2013, 2000.....	8
Darst.1: Hauptpunkte der Regierungsprogramme 2017 und 2013 im Bereich Bildung	8
Abb.1: Stichwortsuche 2017 und 2013 nach wichtigen politischen Begriffen, Häufigkeit	9
Abb.2: Direkter Vergleich der Häufigkeiten der Stichworte 2017 und 2013	10
Abb.3 Stichwortsuche 2017 und 2013 erweitert um 2000 nach wichtigen politischen Begriffen, Häufigkeit	11
Abb.4: Direkter Vergleich der Häufigkeiten der Stichworte 2017 und 2000	12
Darst.2: Hauptpunkte der Regierungsprogramme 2017 und 2013 im Bereich Bildung, erweitert um die Hauptpunkte 2000.....	13
Befunde, Erläuterungen zum Vergleich.....	15

Nachdem progressive Reformen aufgrund des institutionalisierten Konsenszwanges in der Vergangenheit unter starker Bremswirkung der schwarzen ÖVP mehr oder weniger gescheitert sind, tritt nun die türkise ÖVP gemeinsam mit der deutsch nationalen FPÖ zur großen Veränderung an. Es fragt sich, worin diese bestehen soll? Das Programm besteht aus einer Sammlung von kurzen Statements zu einer Vielfalt von Themen (in der Diskussion oft ‚Überschriften‘ genannt). Im Folgenden wird versucht, die hinter diesen Statements liegende Programmatik herauszuarbeiten und ihre Aussichten einzuschätzen. Dabei wird auch ein cursorischer Vergleich mit dem Regierungsprogramm 2013-18 und dem ‚schwarz-blauen‘ Programm von 2000 angestellt.

Die Vorschläge

Die Regierung hat sich viel vorgenommen, der Text ist – bei einigen Wiederholungen und Verdoppelungen – gegenüber dem letzten Programm mehr als doppelt so lang, und er ist thematisch stärker strukturiert.

Elementarbildung

In der *Elementarbildung* werden viele Forderungen wiederholt, deren Erfüllung seit langem bereits versprochen wurde (Rahmenplan, tertiäre Ausbildung, Einbeziehung in die pädagogischen Berufsgruppen), die Bundes-Zuständigkeit wurde sogar bereits ins Bildungsressort verschoben (diese ist aber sehr begrenzt). Wesentlich ist, dass die Botschaften nicht mehr integrativ sondern divisiv formuliert sind: Defizitfeststellung und Ausgliederung bzw. Sonderbehandlung bei Defiziten, insbesondere bei Sprachdefiziten in Vorschule oder Kindergarten. Es fragt sich, warum unter dem neuen Regime plötzlich klappen soll, was bisher nicht geklappt hat. Insbesondere wird (implizit) suggeriert, dass Sprachdefizite nur bei Zuwandererkindern auftreten und es wird nicht dass Sprachdefizite lt. Sprachstandserhebungen in absoluten Zahlen häufiger bei einheimischen deutschsprechenden Kindern auftreten als bei Zuwanderkindern. Daher wurde bisher darauf Wert gelegt, das Sprachenlernen integrativ zu entwickeln. Soll nun die institutionelle Ausgrenzung bei der (absolut größeren) Gruppe der inländischen Kinder mit deutschen Sprachmängeln ähnlich gehandhabt wird, wie bei den Zuwandererkindern. Sollen einheimische Kinder mit Sprachdefiziten ebenfalls von der Schulpflicht ausgeschlossen werden, wo Evidenzen bestehen, dass die Vorschule wie auch die Sonderschule eher als benachteiligende Faktoren wirken.

Prüfungen und Kontrolle

Die Themen der verstärkten *Leistungsfeststellung* und *Schul-Aufsicht* werden als eigene Themenblöcke formuliert. Im Bereich der Aufsicht sollen Durchgriff, Kontrolle und Sanktionen verstärkt werden, wobei die Formulierungen indirekt eine Absage an den Wertpluralismus beinhalten, indem explizit auch Verstöße gegen die ‚Werteordnung‘ sanktioniert werden sollen. Im Zuge der Reform von 2017 wurden Versuche der Verstärkung von Aufsichtsfunktionen seitens der schwarzen ÖVP und der Interessenvertretungen noch als ‚Zentralismus‘ bekämpft. Die explizite Thematisierung der Leistungsfeststellung und -bewertung kann positiv gewertet werden, indem diese Dimension aufgrund ihrer starken politischen Bedeutung eine explizite Behandlung verdient. Damit kann auch die Frage diskutiert werden, welche Wirkungen von der Bewertung auf das Lernen und den Lernfortschritt ausgehen. Die Grundbotschaft des Programms besteht in diesem Bereich entgegen den Botschaften aus der Forschung darin, dass durch verstärkte traditionelle Prüfungen und (Ziffern)-Benotung das Lernen verbessert würde, daher soll hier die Richtung umgekehrt werden, die

politischen und praktischen Anstrengungen der letzten Jahrzehnte in Richtung verstärkte formativer Beurteilung sollen rückgängig gemacht werden. In den Begriffen der Forschung spiegelt diese Vorstellung die Herrschaft des hartnäckigen ‚Common Sense‘, und wenn es Evidenz zur Wirksamkeit der Leistungsfeststellung gibt, so eher auf dem Wege der Wirkungen von (externen) objektivierten Testungen, die nicht nur die SchülerInnen erfassen, sondern auch über die Verantwortlichkeit der Lehrpersonen in ihrem Unterricht und der Schule insgesamt Auskunft geben. Simple Verschärfungen der Prüfungsaktivität stärken die (autoritäre) Machtausübung und die Selektivität der Schulen gegenüber Benachteiligten.

Differenzierung, Spaltung, Ausgrenzung

- Ein Drittel der Maßnahmen (bzw. die Hälfte der Konkretisierungen) findet sich im Thema der Erhaltung und des Ausbaus *des differenzierten Schulsystems*. Hier soll kein Stein auf dem anderen bleiben, ohne dass die neue Struktur jedoch sehr klar dargestellt wird. Der gesamte Gesetzesbestand, und auch die großen Reformprojekte der letzten Jahre (Bildungsreformgesetz, Dienstrecht, PädagogInnenbildung), sollen überprüft und neu formuliert werden. Mehrere Eckpunkte der angestrebten Struktur sind erkennbar: (i) durchgängige Standardisierung und Zielsteuerung, (ii) Veröffentlichung der Leistungen und Ergebnisse der Schulstandorte, (iii) leistungs- und ergebnisorientierte Besoldung der Lehrpersonen, (iv) Profilbildung und Auflösung der Sprengel bei NMS, (v) Bund-Länder-Vereinbarungen als Steuerungsinstrument, (vi) transparentere Regulierung der Ressourcenverteilung, (vii) Neudefinition und -gestaltung der schulischen Infrastrukturen, Arbeitsplätze und Lebensräume, (viii) verstärkte Autonomie plus SchülerInnen-Feedback plus Zielsteuerung durch Bildungsdirektionen, (ix) positionale Differenzierung von separaten Institutionen für die Förderung von Talenten einerseits und für die Kompensation von (Sprach)-Defiziten andererseits.

Unter diesen Punkten ist die transparente Regulierung der Ressourcenverteilung (vi) von zentraler Bedeutung für die österreichische Bildungspolitik, wurde aber bei der Reform 2017 unterlassen. Es wird zu sehen sein, wie diese Absicht im komplexen Spiel zwischen Bund, Ländern und Interessenvertretungen umgesetzt wird. Die ergebnisorientierte Besoldung der Lehrpersonen (iii) ist seit Jahrzehnten ein Eckpfeiler neoliberaler Politikvorschläge, wird aber in der (ökonomischen) Forschung wegen der Zurechnungsprobleme der Ergebnisse als undurchführbar gesehen, wie auch die starke Wettbewerbspolitik auf Schulebene (ii) stark umstritten ist, in der Umsetzung eher Probleme und Konflikte als positive Ergebnisse gebracht hat, und auch in der – insgesamt durchaus wettbewerbsfreundlichen – OECD abgelehnt wird. Im Hinblick auf den österreichischen Föderalismus ist das Programm ambivalent, indem einerseits seine Grundprobleme angesprochen werden, andererseits aber Bund-Länder-Vereinbarungen (v), die ja ein Kernmechanismus des Föderalismus sind, und in ihrer Schwerfälligkeit und Konfliktrichtigkeit auch seine Probleme in sich tragen, in

vielen Aspekten als Lösung gesehen werden (siehe Finanzausgleich, Elementarbildung, Erwachsenenbildung). Die Punkte schulische Infrastrukturen (vii), Autonomie und Feedback (viii) sowie Profilbildung der NMS bzw. früher Hauptschulen (iv) bedürfen der sorgfältigen Entwicklungsarbeit auf der Praxisebene und sind mit Sicherheit weder durch neue Gesetze noch durch verstärkte Prüfungen und Kontrollmechanismen, und auch nicht einfach durch mehr Mittel zu lösen – die grundsätzlich zu erkennende Aufkündigung des politischen Kompromisses und die verstärkte Differenzierungspolitik lässt eher Verschlechterungen des Klimas befürchten (oder was will man in Zeiten verstärkten Bedarfs nach Lehrkräften mit all jenen machen, die diese neue Linie des Konflikts und der Spaltung nicht mittragen wollen?)

Alte neoliberale Politik: GERM und ‚Common Sense‘

Die verstärkte Standardisierung und Zielsteuerung (i) betrifft als Grundlinie der ‚neuen Politik‘ mehr oder weniger direkt auch viele andere Punkte des Programms, von der wettbewerbsmäßigen Veröffentlichung der Ergebnisse, über die Besoldung, bis zur Zielsteuerung durch die Bildungsdirektionen. Auch der gesamte Bestand an Lehrplänen soll (neuerlich) überarbeitet und an die Ziele und Leistungsanforderungen gekoppelt werden, mit der Formulierung von Grundfertigkeiten, Grundwissen, Kernkompetenzen als wichtiger Punkt (der Unterschied zu den ohnehin laufenden Aktivitäten in diesem Bereich ist hier nicht klar). Auch bei der Standardisierung und Zielsteuerung soll offenbar alles neu gemacht werden, bei genauerer Überlegung erscheinen die Festlegungen jedoch völlig unausgegoren und widersprüchlich. Mit den Bildungsstandards wurde im BIFIE eine große Infrastruktur aufgebaut, die umfassende Grundlagen für Zielsteuerung liefert, diese Infrastruktur soll explizit aufgelöst werden, es fragt sich also wo und wie dies warum neu gemacht werden soll? Andererseits soll Bürokratie abgebaut werden, eine Struktur der Zielsteuerung, wie sie konzipiert ist, von der Definition über die Neuformulierung der Lehrpläne bis zur Messung und Zurückspiegelung ins System erfordert jedoch genau den Aufbau einer neuen (Evaluations)-Bürokratie, was offenbar überhaupt nicht bedacht ist.

Diese ‚neue Politik‘ ist zudem mitnichten neu, sondern als Grundlinie der neoliberalen und ‚New-Public-Management‘-Reformen beginnend mit Thatcher und paradigmatisch fortgesetzt mit Reagan und Bush, aber auch durch sozialdemokratische Regierungen z.B. in Neuseeland, Australien oder Schweden, international ziemlich genau drei Jahrzehnte alt. Sie klingt auf dem Papier sehr logisch und konsistent, hat aber in der Praxis die Erwartungen nicht erfüllt. Im Gegenteil, heute wird diese Politik in der neuen kritischen Forschung rückblickend als GERM, ‚Global Education Reform Movement‘ bezeichnet. Die große Veränderung besteht nun also im retroaktiven Aufspringen auf die gescheiterten Ansätze der 1980er, die – z.B. in Australien besonders stark – vor allem die Konflikte rund um die Schule geschürt und verschärft haben. Die fünf wesentlichen Ingredienzien von GERM sind Standardisierung, Konzentration auf Kernfächer, ‚Low-Risk‘-Pädagogik, von den Konzernen

entlehnte Management-Methoden, und test-basierte Rechenschaftslegung. Diese Ingredienzien sind im Regierungsprogramm vielleicht mit einer Ausnahme, dem expliziten Konzern-Management, vollständig erfüllt: Konzern-Management trifft auf die Grenzen der österreichischen Verfassungswirklichkeit mit den darauf aufbauenden Governance-Strukturen und Akteurskonstellationen, wo eben die Durchgriffmöglichkeiten der Zentrale nicht gegeben sind (was vermutlich die neuen ManagerInnen bald lernen werden müssen).

Man sollte besser fragen, warum die bisherigen Reformen im Schulwesen gescheitert sind! Der Hauptgrund liegt in den fehlenden Durchgriffmöglichkeiten des Bundes einerseits, und den gleichzeitig sehr eingeschränkten Möglichkeiten der untergeordneten Stellen, vor allem auf lokaler Ebene (Schulen und Kommunen), mit den Ländern als Puffer-Struktur dazwischen. Die ‚neue Politik‘ will diese Probleme offenbar durch eine Verbindung von neoliberaler Deregulierungs- und Wettbewerbspolitik einerseits und politische Bund-Länder-Vereinbarungen andererseits lösen. Im ersten Fall stellt sich neben der tatsächlichen Funktionsfähigkeit dieser Ideen die Frage nach den verbleibenden staatlichen Steuerungsmöglichkeiten, und im zweiten Fall stellt sich die Frage, warum nun plötzlich Vereinbarungen klappen sollen, die bisher an den vorhandenen Konfliktpositionen gescheitert sind. Die Interessenvertretungen waren bisher gegenüber den Ansätzen der Standardisierung und Zielsteuerung gelinde gesagt reserviert, und haben auch bereits einige Bedenken zu Kernpunkten der neuen Politik (z.B. Besoldung) ausgedrückt

Konflikt- statt Konsenspolitik, Differenzierung statt Integration

Ein wesentliches Element der Veränderung soll offensichtlich darin bestehen, dass die bisher hemmende Selbstbindung der (damals zwei ‚großen‘) Parlamentsparteien von 1962 an ihren ‚kooperativen‘ Konsens (und damit Kompromiss) verlassen werden soll. Dieser Kompromiss sollte in der ideologisch sensiblen Thematik der Bildungspolitik gemeinsame politische Positionen erzwingen, Erreichtes sichern, und verhindern, dass die jeweiligen Mehrheitsparteien das Schulwesen jeweils nach ihrer Fassung und Richtung ändern (wodurch gegenteilige rechts-links oder vorwärts-rückwärts Bewegungen entstehen würden). Der bisherige mühsam gebastelte – und letztlich auch unzureichende – rot-schwarze SPÖ-ÖVP Kompromiss soll nun durch die türkise ÖVP und ihre neue Koalition als mehr oder weniger gescheitertes ‚sozialistisches Herumreformieren‘ ad-acta gelegt und durch eine Totalreform ersetzt werden, die die rot-grünen Positionen frontal angreift. Da diese Positionen aber in der Praxis nicht unmaßgeblich sind, wird damit nun von der ‚anderen Seite‘ auf allen Ebenen der Konflikt geschürt, und die traditionellen Positionen der Herrschaft des ‚Common Sense‘ bekommen Oberwasser gegenüber ‚progressiven Ideen‘.

Anstelle der Förderung eines deliberativen demokratischen Diskurses über die Ziele und Methoden im Bildungswesen auf der Basis der Anerkennung von Vielfalt und Diversität mit dem Ziel der gesellschaftlichen Integration und Inklusion wird der Konflikt mit den bisherigen Ansätzen gesucht,

und es wird angestrebt, in entscheidenden Fragen in die gegenteilige Richtung zu gehen (Noten als Beispiel). Der Fehler der – wenig erfolgreichen – bisherigen Politik bestand aber nicht in der Suche nach Konsens und Kompromiss, sondern in der Art und Weise, wie diese gesucht wurden: durch partei-politisierte und abgehobene Auseinandersetzungen um Reformrhetoriken und partikuläre Interessen, ohne ernsthafte inhaltliche Auseinandersetzungen um die erforderliche Einigung in einem komplexen und durch unterschiedliche Werte geprägten Bereich.

Die Programmatik setzt neben der verstärkten Kontrolle und Autorität ganz klar auf verstärkte Differenzierung, indem die besser Befähigten wie auch die Förderungswürdigen jeweils aus dem normalen Fluss ausgesondert werden sollen, in eigenen Begabenschulen wie auch in eigenen Förderschulen. Abgesehen von den unmittelbaren pädagogischen Wirkungen auf die Leistungen – die man als komplexes Phänomen bis zu einem gewissen Grad diskutieren kann – betrifft diese Kehrtwende vor allem die integrativen und demokratischen Funktionen des Bildungswesens: Bei allen real divisiven Wirkungen des Bildungswesens wurde bisher (auch in der schwarz-blauen Periode von 2000) zumindest an seiner grundsätzlich integrativen Funktion nicht gerüttelt. Dieser Orientierung wird jetzt im vorliegenden Regierungsprogramm eine Absage erteilt. Dies ist umso bedenklicher, als die gesellschaftliche Entwicklung die zentrifugalen Tendenzen ohnehin verstärkt, und das Bildungswesen potentiell eine der wenigen Institutionen ist, denen eine integrative Funktion zukommen kann.

Forschung und wissenschaftliche Evidenz, die bei allen Schwächen eine gewisse ‚Schiedsrichter‘-Position in diesen Auseinandersetzungen haben könn(t)en (ein Schiedsgericht muss als Institution etabliert werden, damit es etwas zu sagen hat), werden bei Seite geschoben. Das BIFIE, das bei allen Konstruktionsfehlern in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle spielt, soll aufgelöst werden, anstatt es in seiner unabhängigen Rolle zu stärken und in Wissenschaft und Praxis besser zu vernetzen.

Wissenschaftliche Evidenz kann in den Bildungsfragen Ideologie nicht ersetzen – wie oft fälschlich versprochen wird – aber sie kann die Auseinandersetzungen auf eine rationale Basis stellen und auf den bisherigen (internationalen) Erfahrungen aufbauen.

Die konfliktträchtige Absetzung von der bisherigen Entwicklung, und gleichzeitig auch die Unausgegorenheit der 2017 Programmatik zeigt auch der Vergleich mit dem schwarz-blauen Programm von 2000. Letzteres hat v.a. mit der Qualitätsentwicklung bestimmte Akzente gesetzt und die Vielfalt betont, lag aber viel deutlicher in der Suche nach Konsens und nach einer folgerichtigen Entwicklung. Die nun angesprochene völlige Kehrtwendung und angestrebte Neuaufstellung liegt in der Linie des angekündigten Bruches mit der gesamten Gesetzesmaterie der Zweiten Republik bis 2000, die – abgesehen vom Realismus oder Irr-Realismus der tatsächlichen legislativen Möglichkeiten und Konsequenzen – v.a. eine fatale symbolische Bedeutung hat, indem die Autorität des bisherigen Rechtsstaates wie auch des Parlamentarismus untergraben wird, und überdies nun offenbar in Analogie zur Stunde Null nach 1945, wo auf einen Schlag alle Gesetze des Nationalsozialismus außer Kraft gesetzt wurden, unter Mitwirkung der Nachfolgepartei der

(amnestierten) ehemaligen Nationalsozialisten alle Gesetze der 2.Republik außer Kraft gesetzt werden sollen. Möglicherweise wird weitgehend die symbolische Bedeutung bleiben. Was ist mit Gesetzen, die nach 2000 novelliert wurden (im Schulwesen wurde z.B. mit der ‚großen Reform‘ 2017 unter federführender Mitwirkung der ÖVP eine Vielzahl von Gesetzen novelliert, vermutlich gilt das auch für andere Rechtsbereiche)? Eventuell bleibt substantiell nur eine symbolische Scheinaktion über, die die das Staatswesen und die bisherige Politik diskreditiert und neue autoritäre Konflikt-Praktiken etabliert.

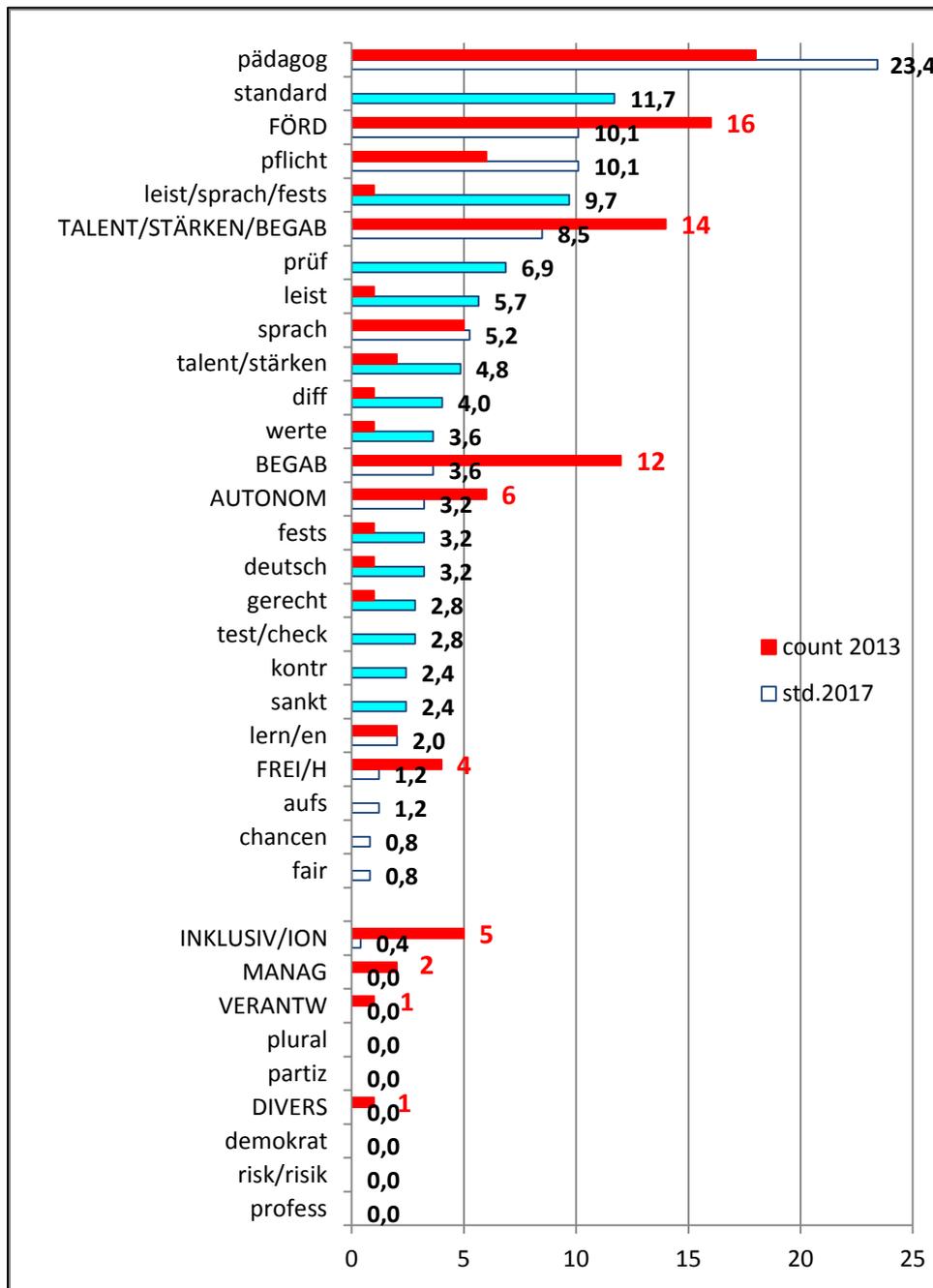
ANHANG: Vergleich der Inhalte der Programme 2017, 2013, 2000

Darst. 1: Hauptpunkte der Regierungsprogramme 2017 und 2013 im Bereich Bildung

2017	2013
<p>1. Qualitätsvolle Elementarpädagogik durch höhere Standards bei Bildung und Betreuung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klare Definition der Zielsetzungen von Bildung und Betreuung in den elementarpädagogischen Einrichtungen: Kindgerechte Vorbereitung auf die weitere Bildungslaufbahn, Talente fördern, vorhandene Stärken stärken. • Erarbeitung und Beschluss einer (statt wie bislang drei) neuen Bund-Länder-Vereinbarung zu elementarpädagogischen Einrichtungen. Darin wird eine zweijährige Verpflichtung zum Besuch eines Kindergartens für jene, die das brauchen 	<p>Ziel: Qualitätsvolle Kinderbetreuung und elementare Bildung</p> <p>Ziel: Elementarpädagogik stärken</p> <p>Ziel: Kindergarten als Bildungseinrichtung stärken</p>
<p>2. Bewährtes differenziertes Schulsystem erhalten und ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neues einheitliches Bundesgesetz für alle im Bildungsbereich tätigen Pädagoginnen und Pädagogen • Prüfung einer Grundsatzbestimmung für schulische Verpflichtungen und öffentliche Zuwendungen • Schnittstellensteuerung zwischen den Schultypen ausbauen • Talente besser fördern und begleiten (Vorbild Oberösterreich) • Erarbeitung und Umsetzung eines zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmten Schulentwicklungs- und Schulsanierungsplans • Vereinheitlichung und Harmonisierung der Berechnungssysteme für die Zuteilung von Ressourcen an unterschiedliche Schultypen (durch gemeinsame Erarbeitung einer Bund-Länder-Vereinbarung) • Pädagogische Zielsteuerung und Bildungsdokumentation 	<p>Ziel: Übergangsmanagement vom Kindergarten zur Volksschule</p> <p>Ziel: Schuleingangsphase und Stärkung der Volksschulen</p> <p>Ziel: Berufs- und Bildungswegorientierung</p> <p>Ziel: „Polytechnische Schule PLUS“-Schaffung zusätzlicher Bildungs- und Ausbildungswege</p> <p>Ziel: qualitativer und quantitativer Ausbau von ganztägigen Schulformen von der 1. bis zur 9. Schulstufe</p> <p>Ziel: Ausbau der Integrationsklassen und Weiterentwicklung der inklusiven Bildung</p> <p>Ziel: Stufenplan zur täglichen Bewegungseinheit</p> <p>Ziel: Etablieren der neuen PädagogInnenbildung unter Nutzung regionaler Synergien</p> <p>Ziel: Begabungs- und Begabtenförderung – Entdecken und fördern aller Talente und Begabungen</p>
<p>3. Vereinheitlichung und Standardisierung der Benotung sowie kontinuierliche Feststellung des Leistungsfortschritts</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schulreife und Vorschulpflicht • Ausarbeitung und gesetzliche Verankerung einer Bildungspflicht • Überarbeitung und Präzisierung aller Lehrpläne, der darin enthaltenen Inhalte, Ziele und Grundsätze des Unterrichts – Notenwahrheit wiederherstellen • Bekenntnis zur standardisierten Reife- und Diplomprüfung und zur Notwendigkeit der Überprüfung und Weiterentwicklung; Verbesserung der Modalitäten und Bedingungen • Zeitnahe Evaluation von Teilbereichen des Bildungsreformgesetzes 2017 unter dem Gesichtspunkt der Erfolgswirksamkeit • Deutsch vor Regelunterricht 	<p>Ziel: Politische Bildung für alle SchülerInnen der Sekundarstufe I</p> <p>Ziel: Verbesserung des Zugangs zu elektronischen Medien für Schulen und SchülerInnen</p>
<p>4. Stärkung der Aufsicht über Bildungseinrichtungen, stärkere Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten</p>	<p>Ziel: Stärkung der Schulautonomie</p> <p>Ziel: Stärkung der Schulpartnerschaft</p> <p>Ziel: Schulen in freier Trägerschaft</p> <p>Ziel: Schulmanagement neu</p>
<p>5. „Land der Meister“ – Lehre durch mehr Durchlässigkeit und moderne Ausbildungsmöglichkeiten attraktiver machen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der BHS/HTL in Abstimmung mit den Bedarfslagen von Wirtschaft und Industrie, insbesondere im Bereich MINT und Digitalisierung sowie Etablierung der „dualen BHS“ 	<p>Ziel: Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Schule und Lehre</p> <p>Ziel: Gleiche Zahl an Ausbildungsstunden für alle Lehrlinge</p>
<p>6. Auslandsschulwesen als Visitenkarte Österreichs</p>	<p>Ziel: Internationalisierung des österreichischen Bildungswesens</p>

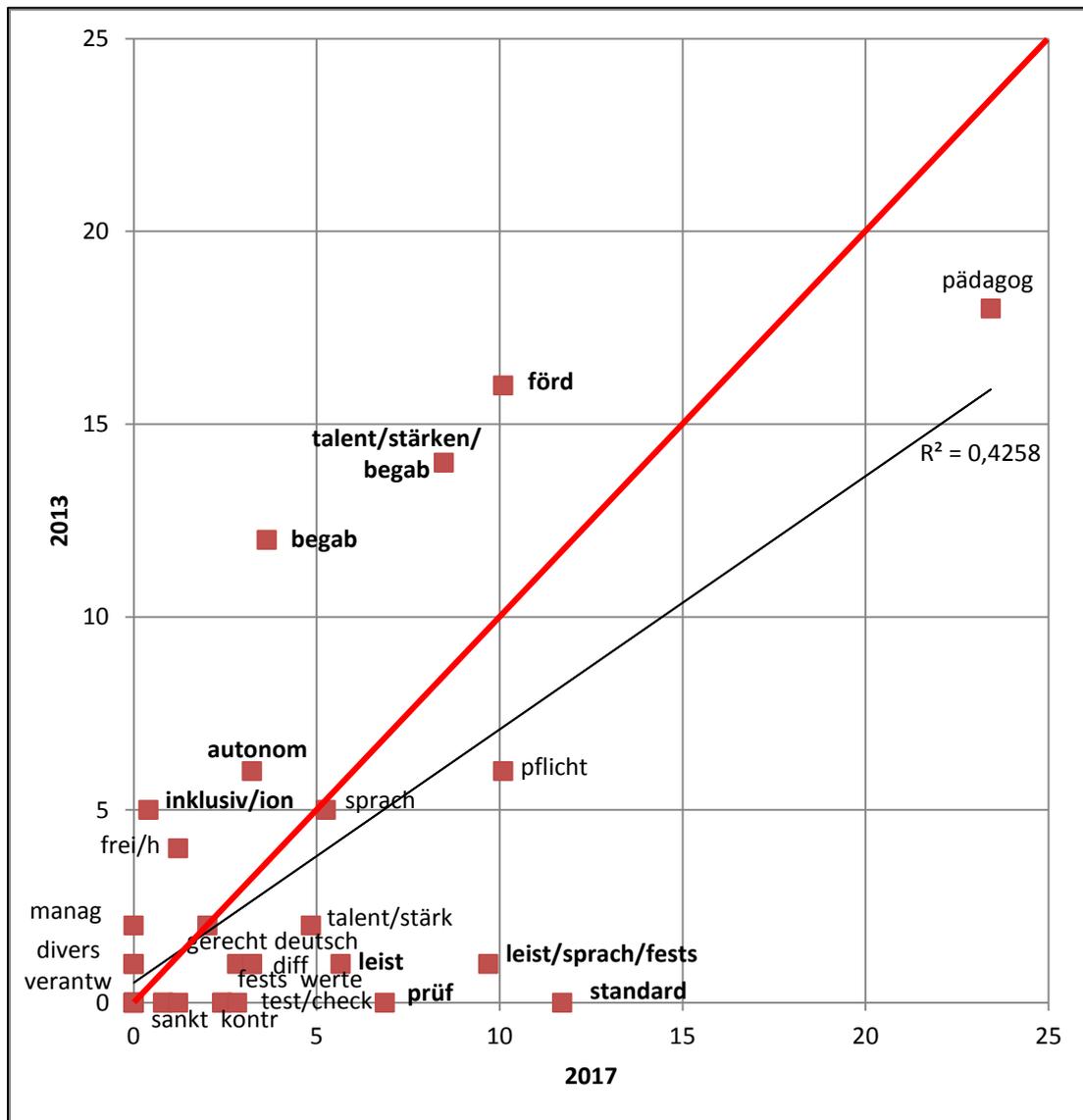
Anm.: Für 2017 Auswahl der Maßnahmen, die durch Unterpunkte konkretisiert sind, für 2013 Überschriften

Abb.1: Stichwortsuche 2017 und 2013 nach wichtigen politischen Begriffen, Häufigkeit



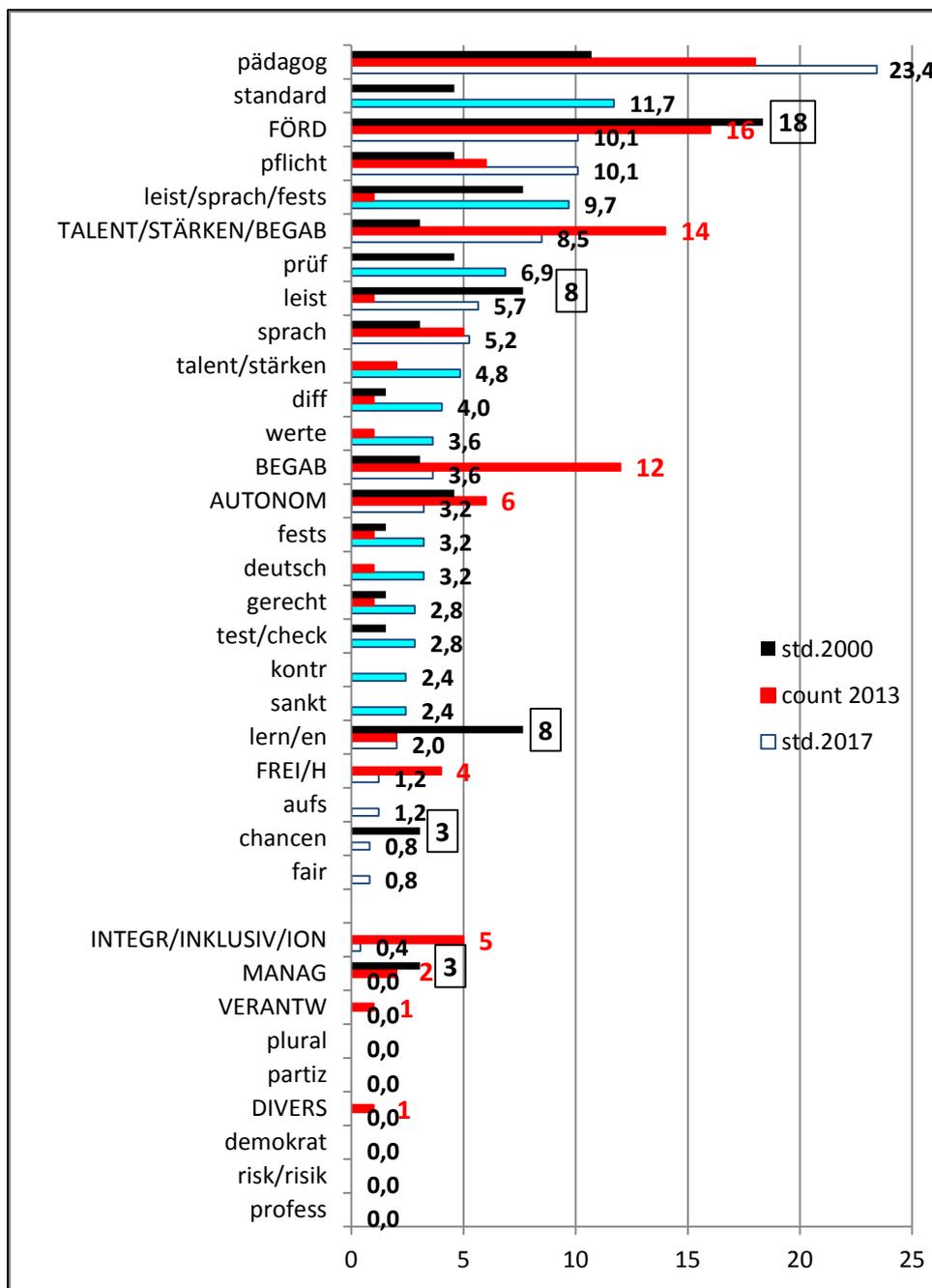
Anm.: Gefundene Häufigkeiten standardisiert auf die Gesamtzahl der Worte 2013

Abb.2: Direkter Vergleich der Häufigkeiten der Stichworte 2017 und 2013



Anm.: Gefundene Häufigkeiten standardisiert auf die Gesamtzahl der Worte 2013; Häufigkeiten über 5 fett hervorgehoben

Abb.3 Stichwortsuche 2017 und 2013 erweitert um 2000 nach wichtigen politischen Begriffen, Häufigkeit



Anm.: Gefundene Häufigkeiten standardisiert auf die Gesamtzahl der Worte 2013; Häufigkeiten über 5 fett hervorgehoben

Darst.2: Hauptpunkte der Regierungsprogramme 2017 und 2013 im Bereich Bildung, erweitert um die Hauptpunkte 2000

2017	2013	2000
<p>1. Qualitätvolle Elementarpädagogik durch höhere Standards bei Bildung und Betreuung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Klare Definition der Zielsetzungen von Bildung und Betreuung in den elementarpädagogischen Einrichtungen: Kindgerechte Vorbereitung auf die weitere Bildungslaufbahn, Talente fördern, vorhandene Stärken stärken. • Erarbeitung und Beschluss einer (statt wie bislang drei) neuen Bund-Länder-Vereinbarung zu elementarpädagogischen Einrichtungen. Darin wird eine zweijährige Verpflichtung zum Besuch eines Kindergartens für jene, die das brauchen 	<p>Ziel: Qualitätvolle Kinderbetreuung und elementare Bildung Ziel: Elementarpädagogik stärken Ziel: Kindergarten als Bildungseinrichtung stärken</p>	
<p>2. Bewährtes differenziertes Schulsystem erhalten und ausbauen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Neues einheitliches Bundesgesetz für alle im Bildungsbereich tätigen Pädagoginnen und Pädagogen • Prüfung einer Grundsatzbestimmung für schulische Verpflichtungen und öffentliche Zuwendungen • Schnittstellensteuerung zwischen den Schultypen ausbauen • Talente besser fördern und begleiten (Vorbild Oberösterreich) • Erarbeitung und Umsetzung eines zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmten Schulentwicklungs- und Schulsanierungsplans • Vereinheitlichung und Harmonisierung der Berechnungssysteme für die Zuteilung von Ressourcen an unterschiedliche Schultypen (durch gemeinsame Erarbeitung einer Bund-Länder-Vereinbarung) • Pädagogische Zielsteuerung und Bildungsdokumentation 	<p>Ziel: Übergangmanagement vom Kindergarten zur Volksschule Ziel: Schuleingangsphase und Stärkung der Volksschulen Ziel: Berufs- und Bildungswegorientierung Ziel: „Polytechnische Schule PLUS“-Schaffung zusätzlicher Bildungs- und Ausbildungswege Ziel: qualitativer und quantitativer Ausbau von ganztägigen Schulformen von der 1. bis zur 9. Schulstufe Ziel: Ausbau der Integrationsklassen und Weiterentwicklung der inklusiven Bildung Ziel: Stufenplan zur täglichen Bewegungseinheit Ziel: Etablieren der neuen PädagogInnenbildung unter Nutzung regionaler Synergien Ziel: Begabungs- und Begabtenförderung – Entdecken und fördern aller Talente und Begabungen</p>	<p>1. Weiterentwicklung der Schulqualität 2. Sicherung der Vielfalt des Bildungsangebotes 5. Lehrerbildung</p> <p>Frauen- und Mädchenförderung im gesamten Bildungsbereich</p>
<p>3. Vereinheitlichung und Standardisierung der Benotung sowie kontinuierliche Feststellung des Leistungsfortschritts</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schulreife und Vorschulpflicht • Ausarbeitung und gesetzliche Verankerung einer Bildungspflicht • Überarbeitung und Präzisierung aller Lehrpläne, der darin enthaltenen Inhalte, Ziele und Grundsätze des Unterrichts-Notenwahrheit wiederherstellen 	<p>Ziel: Politische Bildung für alle SchülerInnen der Sekundarstufe I Ziel: Verbesserung des Zugangs zu elektronischen Medien für Schulen und SchülerInnen</p>	

<ul style="list-style-type: none"> • Bekenntnis zur standardisierten Reife- und Diplomprüfung und zur Notwendigkeit der Überprüfung und Weiterentwicklung; Verbesserung der Modalitäten und Bedingungen • Zeitnahe Evaluation von Teilbereichen des Bildungsreformgesetzes 2017 unter dem Gesichtspunkt der Erfolgswirksamkeit • Deutsch vor Regelunterricht 		
4. Stärkung der Aufsicht über Bildungseinrichtungen, stärkere Sanktions- und Kontrollmöglichkeiten	Ziel: Stärkung der Schulautonomie Ziel: Stärkung der Schulpartnerschaft Ziel: Schulen in freier Trägerschaft Ziel: Schulmanagement neu	3. Modernes Schulmanagement
5. „Land der Meister“ – Lehre durch mehr Durchlässigkeit und moderne Ausbildungsmöglichkeiten attraktiver machen <ul style="list-style-type: none"> • Weiterentwicklung der BHS/HTL in Abstimmung mit den Bedarfslagen von Wirtschaft und Industrie, insbesondere im Bereich MINT und Digitalisierung sowie Etablierung der „dualen BHS“ 	Ziel: Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Schule und Lehre Ziel: Gleiche Zahl an Ausbildungsstunden für alle Lehrlinge	9. Zukunftsorientierte berufliche Bildung - Pakt für die Jugend
6. Auslandsschulwesen als Visitenkarte Österreichs	Ziel: Internationalisierung des österreichischen Bildungswesens	
		4. Weiterbildung

Anm.: Für 2017 Auswahl der Maßnahmen, die durch Unterpunkte konkretisiert sind, für 2013 Überschriften

Befunde, Erläuterungen zum Vergleich

#Ziel: Angestrebt ist eine ansatzweise Systematisierung der Unterschiede in den Inhalten, auch in Hinblick auf die Identifizierung von GERM-Merkmalen

#Vorgangsweise: Da die Programme unterschiedlich (un)-strukturiert sind, musste eine Systematik vergleichbarer inhaltlicher Schwerpunkte definiert werden (Darst.1) 2017 umfasst sehr viele (unstrukturierte) Punkte, die in der Praxis unterschiedliches Gewicht haben; um eine Struktur zu finden, wurden jene Punkte ausgewählt, die durch Unterpunkte konkretisiert sind. Diesen Punkten wurden thematisch die Schwerpunkte der beiden anderen Programme zugeordnet (2013: Ziele, 2000 Überschriften).

#2017 enthält die Botschaft einer völligen Neuaufstellung des Schulwesens im Kontrast zum Bestehenden, während die anderen Programme auf dem Bestehenden aufbauen; 2017 ist tendenziell stärker auf bestimmte Themen hin pointiert (z.B. Standards, Differenzierung, Noten-Leistungsfeststellung, Pflicht, Aufsicht-Kontrolle-Sanktionen), aber in den einzelnen Punkten zumeist sehr unbestimmt, und eventuell auch widersprüchlich (z.B. Entbürokratisierung vs. Kontrollstrukturen, Strukturierung vs. Föderalismus); auch das Programm 2000 ist viel stärker ausgearbeitet und konkretisiert

#Die Abb.1 und 2 visualisieren den Vergleich ausgewählter Stichworte zwischen 2017 und 2013 standardisiert auf die Gesamtzahl der Worte. Das häufigste Wort ist in beiden Programmen mit pädagogischen Ausdrücken verbunden, im Unterschied zu Verbindungen mit Lernen, die sehr selten vorkommen – dies kann so interpretiert werden, dass die Beeinflussung der Pädagogik doch (noch) ein großes Anliegen der Politik darstellt, Professionalismus kommt in beiden Programmen überhaupt nicht vor.

Außer pädagogischen Begriffen kommen nur die beiden Begriffe Pflicht und Verbindungen mit Sprache in beiden Programmen mit einer gewissen Häufigkeit vor, die gemeinsame Plattform erscheint also ziemlich gering (von den selten genannten Begriffen kommt nur Lernen gemeinsam vor).

Ausdrücklich politische Begriffe (z.B. Chancen, Freiheit, Gerechtigkeit oder Fairness) kommen in beiden Programmen nur selten vor, andere (z.B. Demokratie, Diversität, Pluralismus, Partizipation oder Risiko) kommen überhaupt nicht vor.

Die 2017 häufiger vorkommenden Stichworte sind türkis ausgefüllt. Im Einklang mit GERM ist das häufigste Stichwort Standards, weiters sind die Begriffe, die mit Prüfen, Leistung, Tests, Kontrolle, Sanktion zusammenhängen 2017 stärker vertreten, aber auch Talent/Stärken, sowie Differenzierung,

Werte, Deutsch und gerecht; Verbindungen mit frei/h kommen interessanterweise 2013 häufiger vor als 2017.

Die 2013 häufiger vorkommenden Stichworte sind in Blockbuchstaben sichtbar, hier kommen vor allem die Begriffe Förderung, Begabung, Autonomie, Inklusion häufiger vor.

#Die Abb.2 visualisiert die standardisierten Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Programme 2017 und 2013. Das Gesamtbild zeigt die Polarisierung, wenige Begriffe (v.a. Pädagogik, Pflicht, Sprache, mit geringerem Gewicht auch Gerechtigkeit) liegen entlang der 45-Prozent-Linie oder entlang der Regressionslinie (die etwas flacher verläuft), oberhalb der Linien liegen die Begriffe, die 2013 häufiger vorgekommen sind (v.a. Förderung, Begabung und die Kombination Talent-Stärken-Begabung; weniger häufig Autonomie, Inklusion, Freiheit – die eine Regierungspartei trägt zwar die Freiheit im Titel, in Bildungsfragen scheinen jedoch Autorität, Kontrolle und Aufsicht wichtiger zu sein. Unterhalb der Regressionslinie liegen die Begriffe, die 2017 häufiger vorkommen (v.a. Standards, Prüfung, Leistung und die Kombination von Leistung, Sprache und Feststellung).

#Ausdrücklich erwähnenswert erscheint auch, dass in beiden Programmen die doch an sich bildungspolitisch bedeutsamen Begriffe Profession, Demokratie, Partizipation, Pluralismus, aber auch Risiko überhaupt nicht vorkommen.

#Abb.3 vergleicht die Stichworte 2000 mit den beiden späteren Programmen. Das Programm 2000 hat eigenständige Schwerpunkte (v.a. Förderung, Lernen und Leistung, zusätzlich mit weniger Gewicht Chancen und Management); es zeigt sich eine höhere Affinität zu 2013 als zu 2017, indem sich wichtige Begriffe 2013 wichtig sind.

#Die Abb.4 visualisiert die Unterschiede zwischen 2017 und dem schwarz-blauen Programm von 2000 und zeigt durchaus unterschiedliche Schwerpunkte und Muster; die Korrelation ist kaum höher als zwischen 2017 und 2013. Als gemeinsame Plattform zeigt sich Prüfung, Sprache, Begabung und die Kombination aus Leistung-Sprache-Feststellung.

2000 (oberhalb der Regressionslinie) zeigt sich ein herausgehobenes Muster aus Förderung, Lernen, Leistung, sowie Autonomie, Chancen und Management.

Demgegenüber sind 2017 die Begriffe Standard, Pflicht und die Kombination Talent-Stärken-Begabung hervorgehoben, und mit geringerem Gewicht Differenzierung, Werte und Deutsch.